

Pressemitteilung

28.04.2026

Europaabgeordnete setzen wichtiges Signal für eine starke Gemeinsame Agrarpolitik

Rukwied: Mitgliedstaaten und EU-Kommission müssen handeln

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied, begrüßt die Forderungen des EU-Parlaments zum EU-Haushalt und der Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Positiv ist aus Sicht des Deutschen Bauernverbandes, dass das Parlament beim GAP-Budget klar über die bisherigen Vorschläge der Europäischen Kommission hinausgeht: „Der Beschluss des Europäischen Parlaments sendet ein wichtiges Signal für die Debatte über den EU-Haushalt nach 2027. Notwendig ist ein inflationsbereinigtes EU-Agrarbudget von mindestens 500 Milliarden Euro für die GAP und die Ländliche Entwicklung“, bekräftigt Präsident Rukwied.

„Richtig und konsequent ist auch die Ablehnung der von der Kommission vorgeschlagenen ungebundenen Mittel im NRP-Fonds. Landwirtschaft braucht Verlässlichkeit und klare finanzielle Leitplanken auf EU-Ebene. Sämtliche Budgets müssen eine klare Zuordnung haben und abgesichert sein“, so Rukwied weiter.

Ebenso wichtig wird eine klare Ablehnung von Kappung und Degression in den weiteren Verhandlungen. „Die historische Verantwortung liegt nun bei der Bundesregierung und den EU-Institutionen, einen tragfähigen Finanzrahmen und eine starke und inklusive GAP aufzustellen“, so Rukwied abschließend.

Autor	Deutscher Bauernverband
Rückfragen an	DBV-Pressestelle
Telefon	030-31904-240
Anschrift	Claire-Waldoff-Str. 7, 10117 Berlin
Copyright	DBV
E-Mail	presse@bauernverband.net
Homepage	www.bauernverband.de
Facebook	@DieDeutschenBauern
Instagram	@diedeutschenbauern